

# Leipziger Tageblatt

und  
Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

115. Jahrgang

**Bezugspreis:** für Leipzig und Umgegend zweimal täglich im Jahr 1.20, vierteljährlich 30, monatlich 10, für Abnehmer monatlich 12, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichtes Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

**Anzeigenpreis:** für Leipzig und Umgegend zweimal täglich im Jahr 1.20, vierteljährlich 30, monatlich 10, für Abnehmer monatlich 12, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Nr. 358

Donnerstag, den 28. Juli

1921

## Angebliche Drohungen des Generals Höfer

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 27. Juli.

Die Pariser Regierung läßt sich bei ihrem Verlangen nach Entsendung von neuen Truppen für Oberschlesien immer auf die Behauptung, daß in dem Augenblick, in dem der Oberste Rat die Entscheidung über Oberschlesien treffe, Unruhen von deutscher Seite angezettelt würden und daß dann die französischen Truppen gefährdet seien. So hatte, wie einmündlich, auch der französische Botschafter dem deutschen Außenminister am 16. Juli eine Aufzeichnung zugehen lassen, in der auf ungewöhnliche Aeußerungen des Generals Höfer hingewiesen worden war. In der deutschen Antwort vom 24. Juli war dann mitgeteilt worden, daß der deutschen Regierung von derartigen Erklärungen Höfers nichts bekannt sei und daß sie dankbar wäre, wenn ihr darüber Informationen gemacht werden könnten.

Aus einer jetzt in dem Danziger Polenblatt Dziennik Odsanski wiedergegebenen Havas-Meldung läßt sich schließen, welcher Art die Aeußerungen Höfers gewesen sein sollen. Die Meldung geht dahin, daß General Höfer in einer Offiziersversammlung eine Rede gehalten haben soll, worin er u. a. folgendes gesagt habe:

Wenn der Oberste Rat in Paris eine Entscheidung treffen wird, die im Gegensatz zu den deutschen Interessen steht, so werde ich mit allen meinen Truppen in Oberschlesien einmarschieren, die Franzosen vertreiben und das Land von den Polen säubern. Oberschlesien, von dem seitzeitig die Bewegung ausgegangen ist, die zum Sturz Napoleons führte, wird zum zweiten Male der Ausgangspunkt zur Wiederherstellung der deutschen Ordnung und zur Wiederherstellung der deutschen Macht werden.

General Höfer erklärt bereits, daß diese Havas-Meldung von Anfang bis Ende erfunden sei. Er habe niemals eine derartige Rede gehalten.

Es muß Aufgabe der Reichsregierung sein, der Sache auf den Grund zu gehen und baldigst eine einwandfreie Darstellung zu geben. Denn wie es scheint, ist dieser Vorgang das einzige „Belastungsmaterial“ gegen Deutschland, aber das Frankreich verweigert.

## Briands Wünsche für die Konferenz

Paris, 27. Juli.

Havas verbreitet eine Darstellung der französischen Absichten und Wünsche in bezug auf Oberschlesien. Neu darin ist folgende Anrede Briands: Man könne an die Spitze der Tagesordnung des Obersten Rates die Frage der Sicherheiten stellen. Sollen sich die Vertreter der Verbandsmächte zur Entsendung von Verstärkungen entschließen, so könnten diese in drei oder vier Tagen an Ort und Stelle sein. Diese Zeitspanne würde genügen, um den Obersten Rat seine Entscheidung

## Frankreichs Programm für die Abrüstungskonferenz

Paris, 27. Juli.

Chicago Tribune meldet aus Washington, daß die französische Regierung als Vorbedingung für die Abrüstungskonferenz eine englisch-französisch-amerikanische Allianz fordern werde, es werde indessen als höchst zweifelhaft angesehen, ob der Senat irgendein derartiges Abkommen ratifizieren würde.

In der Sitzung der britischen Premierminister ist die Erörterung der Frage der Washingtoner Konferenz endgültig abgeschlossen worden. Man erwartet eine offizielle Mitteilung.

Nach einer Exchange-Meldung aus Washington erklärte der amerikanische Marine-Sekretär, der Bau von Kriegsschiffen würde in der vom Kongreß gebilligten Weise fortgesetzt werden, ohne Rücksicht auf die bevorstehende Abrüstungskonferenz. Vor dem Abschluß eines Abkommens könne mit der Durchführung des Programms nicht aufgehört werden.

Der amerikanische Marineminister wird heute einen Antrag stellen, wenigstens ein Musterschiff für Flugzeuge zu bauen. Der Senator King wird beantragen, gleichfalls drei Schlachtkreuzer umzubauen und den geplanten Bau von Großkampfschiffen in Erwartung der Entscheidung der Abrüstungskonferenz hinauszuschieben. Außerdem sei er der Ansicht, daß man mit Rücksicht auf die Lehren des Weltkrieges, besonders der Schlacht am Skagerrak, Wert darauf legen müsse, die Großkampfschiffe nicht zu überschätzen, und sich mehr auf den Bau von Unterseebooten und Flugzeugen zu werfen.

## Amerikas Antwort an Japan

(Eigener Drahtbericht)

London, 27. Juni.

Die Note, in der Washington auf die Frage der japanischen Regierung über das Programm für die Konferenz des fernen Ostens geantwortet hat, enthält, wie die Times aus Tokio meldet, die Mitteilung, daß nur die Fragen des Stillen Ozeans und des fernen Ostens besprochen werden sollen. Die Fragen, die durch den Vertrag von Versailles erledigt sind, wie z. B. Schantung und Sibirien, sollen nicht wieder aufgeworfen werden. Auch die Frage der Insel Jap, über die bereits Verhandlungen zwischen Washington und Tokio gepflogen werden, soll der Konferenz nicht unterbreitet werden.

treffen zu lassen. Unter solchen Umständen sollte wohl eine Verständigung über den zuletzt erwähnten Punkt zustande kommen. Die Deuere regt an, nur die Frage der Festlegung der polnisch-deutschen Grenze zu behandeln und die Aufhebung der Sanktionen und andere Fragen zu vertagen.

## Der amerikanische Vertreter im Obersten Rat Beobachter oder Schiedsrichter?

Paris, 27. Juli.

Ueber die Rolle, die der amerikanische Vertreter auf der bevorstehenden Konferenz des Obersten Rates spielen soll, liegen widersprechende Nachrichten vor. Nach der einen Meldung wird Harve, der Londoner Vorkonferenzen der Vereinigten Staaten, der seine Regierung im Obersten Rat vertreten soll, nur als Beobachter auftreten. Von anderer Seite verlautet aber, daß Harve in der ober-schlesischen Frage gewissermaßen als Schiedsrichter herangezogen werden soll, und zwar auf Ersuchen eines der alliierten Staaten. Es heißt, daß England oder Italien die Regierung der Vereinigten Staaten ersuchen werden, Harve den Erlaubnis zu erteilen, als Schiedsrichter aufzutreten, da mit einer Einigung der drei alliierten Mächte doch nicht zu rechnen sei.

Diese Information wird auch durch den oft sehr gut unterrichteten diplomatischen Mitarbeiter der Chicago Tribune bestätigt, der mittelst, es werde immer mehr und mehr erkennbar, daß man den amerikanischen Vorkonferenzen in London, Harve, der der Tagung des Obersten Rates beizuwohnen werde, ersuchen werde, die Zustimmung seiner Regierung zu einem Schiedsrichter in der ober-schlesischen Frage einzubringen, da sowohl Italiener und Engländer als auch die Franzosen immer noch an demselben toten Punkt ständen, wie im März dieses Jahres.

Derselbe Korrespondent teilt mit, offizielle französische Persönlichkeiten gäben zu, die französische Regierung könne nach dem Verfall der Vertrag von Reichs wegen nicht darauf bestehen, daß die deutsche Regierung die Verleüderung von Verstärkungen durch Deutschland gestalte, falls dies nicht vom Obersten Rat mit Einschluß der englischen und italienischen Stimmen verlangt werde. Man sei sich auch darüber klar, daß angesichts des Zusammentritts des Obersten Rates in der nächsten Woche und der Wahrscheinlichkeit, daß in zehn Tagen bereits eine Entscheidung vorliegen werde, die Zeit nicht ausreichte, um die Truppen zur See über Danzig nach Schlesien zu schaffen.

## Ein polnischer Ausruf

Warschau, 27. Juli.

Die polnischen Auffständigen in Oberschlesien erlassen über Sosnowice einen Ausruf, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Unter Hinweis auf das „gefälschte“ Plebiszit, unter maßlosen Angriffen auf Lloyd George und Cobden für Verord., der weit besser informiert ist als die Sachverständigen, die man nach Oberschlesien entsenden will, schließt der Ausruf:

Wir werden keine Segemonie einzelner über eine Bevölkerung dulden, die hat neben sich ihre eigene Regierung hat. Wir erklären feierlich: Sollte der Oberste Rat nicht umgehend unseren Forderungen stattgeben, die dem Ergebnis der Abstimmung entsprechen, so werden wir uns als Staatsangehörige der polnischen Republik, und die uns vom Vaterland künstlich schreibende Grenze als nicht vorhanden betrachten.

Der Korrespondent der Daily News teilt seinem Wakte mit, daß die Konferenz in Washington sich von der Pariser Konferenz vorteilhaft dadurch unterscheiden werde, daß keinerlei Zensur ausgeübt werden soll. Die Presse werde vollkommen frei und ehelich unterrichtet werden. Ueber die Teilnahme von Lord Curzon sagt der Korrespondent, daß seine Anwesenheit in Washington wohl nicht ganz so augenommen werde. Lord Curzon gelte als Diplomat der alten Schule und speziell als Anhänger des englisch-japanischen Vertrages, und sein Erscheinen würde den Eindruck erwecken, als bestünde sich des Foreign Office noch immer im Widerspruch zu der Anschauung Americas und der Dominien.

Weiter heißt es in dem Bericht, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Jageländnisse der alliierten Mächte an Japan in China nicht anerkennen werde. Japan würde unter dem bestehenden Zustand die militärische Kontrolle der chinesischen Küsten ausüben und bilde einen Ring von besetzten Inseln, durch die die Philippinen isoliert würden.

Paris, 27. Juli.

Das japanische Kabinett hat beschlossen, an der Washingtoner Konferenz über die Probleme des fernen Ostens teilzunehmen.

Reuter erfährt von maßgebender japanischer Seite, in Japan herrsche allgemein die Auffassung, daß die Einladung an Japan zur Einladung an der Pazifikkonferenz, angesichts der Tatsache, daß weder Mexiko noch Holland eingeladen worden seien, darauf hindeuten könne, daß Japan gewissermaßen im Hinblick auf die China betreffenden Fragen vor Gericht gestellt werden solle. Japan erhebt keinen Einwand gegen die Konferenz, vorausgesetzt, daß die sämtlichen mit der Pazifikfrage zusammenhängenden Probleme erörtert würden. Japan könne nicht nach Washington gehen, um lediglich über China und Japan zu sprechen. Japan sei bereit, an der Abrüstungskonferenz ohne Vorbehalt teilzunehmen.

## Vollkommene Niederlage der Türken

Atien, 27. Juli.

Nach hier eingetroffenen Meldungen ist der Widerstand des Feindes vollkommen gebrochen. Seine Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen werden auf 60 000 Mann geschätzt. Auf seinem Rückzuge bedeckte der Feind seine Materiallager in Brand.

## Deutsche Plumpheit

Einmal wird der Tag kommen, an dem das Verhältnis zwischen England und Frankreich in die Brüche geht. Dieses Einmal liegt — man braucht kein Prophet zu sein, um es zu sagen — durchaus nicht in nebelgrauer Ferne. Schon heute ist das sogenannte herzliche Einvernehmen alles, nur nicht herzlich. Die starken Bande, die Notwendigkeiten der Daseinsbehauptung — so nannten es die Politiker und Diplomaten —, die vor dem Kriege die beiden Völker verknüpften und die im Kriege wirklich Notwendigkeiten wurden, lockerten sich, als beim Friedensschluß die selbstthätigen Regungen des einen diejenigen des anderen beeinträchtigten. Die Gegensätze traten mit jedem halben Jahre stärker hervor, und wenn es auf den Konferenzen auch immer gelang, sie zu überbrücken: das englische Blatt hat doch recht, das da sagt, der Zwang, solche Konferenzen in immer kürzerer Folge abhalten zu müssen, zeige am besten, wie das herzliche Einvernehmen schwinde.

Die Gegensätze zwischen England und Frankreich sind so oft erläutert worden, daß es überflüssig ist, es noch einmal zu tun. Ihr Vorhandensein hat sich besonders in der ober-schlesischen Frage gezeigt, wo in verantwortlichen Reden und in unverantwortlichen Zeitungsartikeln von haben und drüber der vollständige Bruch offen in Aussicht gestellt wurde. Das hat nun einen Teil der deutschen Presse — und gerade den, der immer für sich in Anspruch nahm, realpolitisch zu denken — zu allzu gewagten Spekulationen verführt. Was war da alles zu lesen! England werde bei seinem strikten Nein verbleiben, und ginge die Entente darüber zugrunde; England habe in Paris eine Art Ultimatum überreicht; England habe in Berlin inoffiziell durchsagen lassen, daß es sein vor der Annahme des Ultimatus gegebenes Versprechen halten werde; England gedenke, sein Einvernehmen mit Frankreich aufzugeben und durch ein solches mit Deutschland zu ersetzen. Herr Wulle, der früher in der Rheinisch-Westfälischen und dann in der Deutschen Zeitung ungläubliche Auslandspolitik gemacht hat, ließ in seinem Deutschen Tageblatt sogar die Entente aufflaktern von einem englischen Geschwader, das nach Danzig unterwegs sei, um den Franzosen die Landung von Verstärkungen für Oberschlesien zu wehren.

Man hat diese Massonspolitik in Deutschland mit Sorge und Bedauern verfolgt, man hat in Frankreich von ihr mit hämischen Schelten, in England mit Verärgerung Kenntnis genommen. Diese ungläublichen Deutschen, sie lernen aber auch gar nichts! Und wenn die englische Presse sich begnügte, die deutsche vor Spekulationen auf die Uneinigkeit der Alliierten zu warnen, so identifizierten die französische Presse die Phantastereien der deutschen Rechtspresse sofort mit gekühnten Ansichten der deutschen Regierung und rief höhnisch: Ihr irrt euch, wie ihr euch vor dem Kriege und während des Krieges geirrt habt! Nun soll auch der englische Außenminister Lord Curzon dem deutschen Vorkonferenzen ähnliche Eröffnungen gemacht haben. Da die englischen Wälder das mit großer Bestimmtheit behauptet haben und eine deutsche Ablenkung nicht erfolgt ist, wird es wohl so sein.

Bei Betrachtung der Angelegenheit muß hervorgehoben werden, daß die deutsche Regierung sich korrekt benommen hat. Bei der Abfassung der beiden Noten sind in keiner Weise — das geht aus dem Text zur Genüge hervor — Gesichtspunkte maßgebend gewesen oder auch nur berücksichtigt worden, die auf eine Ausnutzung der englisch-französischen Differenzen abzielten. So richtig war die Regierung nicht, sie hat da wirklich aus den Schuhen der Vorgänger gelernt. Die Uebereinstimmung der deutschen Ansicht über die Truppenbeförderung durch Deutschland mit der englischen Ansicht ist durch die Auslegung des Friedensvertrages gegeben; wenn Frankreich zu einer anderen Auffassung gekommen ist, so lag das an der Seite stark vertretener Weltberzigkeit in der Auslegung des Vertrages, die mittlerweile den Franzosen die Meinung eingab, Herren des Vertrages zu sein.

Abgesehen davon, daß deutsche Genugtuung über die Schwierigkeiten zwischen den Alliierten und deutsches Stöhnen dieser Schwierigkeiten die Uneinigen mißtrauisch machen und wieder zusammenführen muß, abgesehen also von der tolpatschigen Verleugung eines obersten politischen und diplomatischen Grundgesetzes: solche Dinge zu tun, zu fördern, aber nicht davon zu sprechen, — liegen die Verhältnisse auch wirklich nicht so, daß ausgerechnet wegen Deutschlands die Alliierten sich entzweien müßten. Wenn England die ober-schlesischen Pläne Frankreichs nicht billigt, so wahrlich nicht unserer blauen Augen wegen. England weiß, daß die Franzosen mit den Polen Geheimverträge geschlossen haben, die Frankreich — so sagt man wohl nicht mit Unrecht — das Ausbeutungsrecht der polnischen Gruben und eine starke Kapitalbeteiligung sichern. Polen wird wirtschaftlich ganz von Frankreich abhängen, und dadurch auch politisch. Frankreich ist gewillt, die Führung auf dem Kontinent zu behalten; da Deutschland ihm nicht gefährlich werden kann, kann man den Engländern trotzen. Außerdem hat sich Frankreich in der Frage der Warenlieferungen mehr dem deutschen Standpunkt genähert, hat ihm wenigstens Konzessionen gemacht. Auch dieser Punkt hat England gegen Frankreich eingenommen, denn man fürchtet an der Themse französisch-deutsche Sonderabmachungen. Als neuen Trumpf spielt